

Positionen der Linkspartei.PDS zu den Wahlprüfsteinen des Handwerks in Sachsen-Anhalt anlässlich der Landtagswahl 2006

Wirtschaftspolitik

Demografischen Herausforderungen aktiv begegnen!

Unsere strategische Vision für 2020 heißt, Sachsen-Anhalt auf den Kurs eines innovativen und damit zugleich sozial stabilen Landes zu bringen, eines Landes, in dem auch wieder mehr junge, leistungsfähige Menschen leben wollen, weil sie hier eine attraktive Zukunft für sich sehen.

Die Linkspartei.PDS in Sachsen-Anhalt hält einen weitreichenden Paradigmenwechsel für notwendig:

Unser Anspruch ist, von der nachsorgenden Sozialpolitik zu einer vorsorgenden Gesellschaftspolitik umzusteuern. Wir wollen, dass die Politik aus der Falle herauskommt, mit hohem Aufwand und mit immer geringerem Effekt jene Wunden in der Gesellschaft heilen zu müssen, die sie zuvor mit einem Festhalten an überlebten Strukturen und mit Reformen in der falschen Richtung selbst geschlagen hat. Wir sagen selbstbewusst: Nicht Kopie, sondern Innovation – in allen Bereichen: von den wirtschaftlichen bis zu den sozialen. Überlebte Strukturen sehen wir in einem erstarrten Wirtschafts- und Sozialmodell; die falschen Reformen beruhen auf dem Irrglauben, dass ein ungezügelter Kapitalismus den neuen Aufschwung und mehr Arbeitsplätze brächte. In Wahrheit entstehen auf diesem Weg immer tiefere soziale Verwerfungen, die mit den bisherigen Mitteln des Sozialstaates nicht mehr zu lösen sind.

Stattdessen geht es uns um eine neuartige Kombination der verschiedenen Entwicklungspotenziale. Diese neue Entwicklungsphilosophie ist der Dreh- und Angelpunkt unseres Konzepts »Sachsen-Anhalt 2020«. (siehe Anlage)

Durch die Rahmenbedingungen in der Bundesrepublik werden junge Menschen nicht gerade dazu ermutigt, mit Kindern zu leben. Die Linkspartei.PDS hat dazu Vorschläge und Konzepte unterbreitet, die auf eine kurz- und mittelfristige Verbesserung der Situation gerichtet sind.

Deshalb fordern wir u.a. eine Erhöhung des Kindergelds auf 250 Euro und den allgemeinen Rechtsanspruch auf ganztägige Kinderbetreuung.

Die notwendige Infrastruktur z.B. im Bereich der Schülerbeförderung, muss auch dort aufrechterhalten werden, wo die Nachfrage kleiner wird.

Wir sind dafür, Grenzen für Zuwanderung zu öffnen. Zuzug darf nicht nur nach Qualifikation, also wirtschaftlichem Nutzen gestattet werden.

In jedem Fall erfordert die demographische Entwicklung, die sozialen Sicherungssysteme auf breitere Grundlagen zu stellen.

Die Berechnung der Arbeitgeberbeiträge für die sozialen Sicherungssysteme anhand der Lohnsumme des jeweiligen Betriebes entspricht nicht mehr den wirtschaftlichen Realitäten. Zur Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme schlägt die Linkspartei.PDS seit langem vor, Arbeitgeberbeiträge nicht mehr auf der Basis der Lohnsumme, sondern der Wertschöpfung zu erheben. Diese Wertschöpfungsabgabe wäre beschäftigungspoli-

tisch sinnvoll, da arbeitsintensive Produktion (meist Klein- und Mittelstand) kostenmäßig entlastet wird.

Im Bereich des Gesundheitswesens sind wir für die Einführung einer solidarischen Bürgerversicherung, die alle Berufsgruppen und Einkommensarten in die gesetzliche Krankenversicherung und die Pflegeversicherung einbezieht und damit eine Reduzierung der KV-Beiträge ermöglicht. Einen ähnlichen Weg schlagen wir für die Rentenversicherung vor, die in eine Erwerbstätigenversicherung umgewandelt werden soll. Wenn alle Einkommen herangezogen werden, könnten nach unserer Meinung die Beitragssätze gesenkt werden.

Die Linkspartei.PDS geht davon aus, dass jede Bürgerin und jeder Bürger die notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung haben soll, um sein Leben in der Gesellschaft zu sichern und würdig zu gestalten. Wir fordern deshalb einen gesetzlichen Mindestlohn und die Erhöhung des Arbeitslosengeldes sowie in der Perspektive die Einführung einer bedarfsgerechten sozialen Grundsicherung aus Steuermitteln.

Die Linkspartei.PDS hat ein eigenes Steuerkonzept entwickelt, das unterdurchschnittliche Einkommen entlastet und insgesamt das Gesamtsteueraufkommen dennoch deutlich erhöht. Die Mehreinnahmen sollen durch die Anhebung des Spitzensteuersatzes, die Wiedererhebung einer progressiv angelegten Vermögenssteuer, die Besteuerung von Börsengeschäften und Finanzspekulationen und die Abschaffung des Ehegattensplittings realisiert werden. Dadurch wollen wir die Spielräume der öffentlichen Hand erweitern. Das ist dringend erforderlich, um den Nachholebedarf bei den Bildungsausgaben finanzieren zu können, den gewaltigen Investitionsrückstau in Deutschland aufzulösen und Impulse an die Binnenkonjunktur zu geben.

Wir brauchen Investitionen in zukunftsfähige Technologien und Produkte, die Arbeitsplätze schaffen; Investitionen, die die öffentliche Daseinsvorsorge auch unter neuen demographischen und sozialen Herausforderungen gewährleisten und den Einstieg in einen sozial-ökologischen Umbau befördern. Deswegen fordern wir ein öffentliches Zukunftsinvestitionsprogramm.

Wir sind für die Erweiterung des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes auf arbeitsintensive Dienstleistungen, insbesondere im Handwerk. Durch die steuerliche Entlastung unterdurchschnittlicher Einkommen und die Erhöhung des Steuerfreibetrags wollen wir die Kaufkraft der unteren und mittleren Einkommensschichten stärken. Dazu sollten auch angemessene Lohnerhöhungen beitragen. Wir fordern, Verteilungsspielräume aus dem Produktivitätszuwachs voll auszuschöpfen, d.h. Löhne mindestens in dem Maße zu erhöhen, in dem die Produktivität steigt.

Verstärkte Ausschreibung von handwerksfreundlichen Teil- und Fachlosen, auch bei ppp! Keine Auftragsvergabe an den billigsten Bieter

Das Vergaberecht betreffend sehen wir ernsthafte Durchsetzungsprobleme der bestehenden Regelungen. Bei aller Kritik hatte das bis 2002 bestehende Vergabegesetz Vorzüge. Wir setzen uns deshalb für die Wiedereinführung von dessen Geltungsbereich und der Regelungen zur auskömmlichen Preisgestaltung ein.

Die wirtschaftliche Leistung soll nicht nur am Preis, sondern auch an der Qualität gemessen werden. Wir wollen, dass bei der öffentlichen Auftragsvergabe nicht die Unternehmen favorisiert sind, die ihr niedriges Angebot durch die Nichteinhaltung von Tarif-

verträgen erreichen. Mit einer solchen Vergabep Praxis werden tarifgebundene Unternehmen benachteiligt.

Zur Stärkung des öffentlichen Auftragswesens im Land sind wir darüber hinaus für:

- die Einführung eines verbindlichen Präqualifikationssystems,
- die Anerkennung von Zahlungsfristen als Höchstfristen,
- die Gesamtkostenschau nach Ablauf der Gewährung,
- für den regelmäßigen Verzicht auf Gewährleistungsbürgschaften und
- für die Einführung des Vergabehandbuchs für alle Ebenen zur einheitlichen Rechtsanwendung.

Davon ausgehend sollten auch die Veränderungen in der Gemeindeordnung des Landes, was den unlauteren Wettbewerb zwischen kommunalen und privaten Unternehmen anbetrifft überprüft und, wenn notwendig, geändert werden.

Weiterhin ist die bisherige Praxis bei der Auftragsvergabe mit dem Ziel zu überprüfen, dass mehr Ausschreibungen nach mittelstandsfreundlichen Fachlosen und Gewerken durchgesetzt werden. Wir halten auch die Bildung von Bieter- und Arbeitsgemeinschaften mehrerer Unternehmen zur Akquirierung größerer Ausschreibungen für empfehlenswert.

Die im Jahr 2005 verfügte Anhebung der Wertgrenzen für die freihändige und beschränkte Vergabe wird diesem Ziel nicht gerecht und sollte überprüft werden.

Finanzierungsbedingungen des Mittelstandes verbessern! Investitionsbank stärken!

Ein zukunftsfähiger Mittelstand braucht die Finanzkraft der Kommunen und eine starke Binnennachfrage. Notwendig ist die Ergänzung des Hausbankprinzips durch Ausreichung von Fördermitteln, die primär auf die Stärkung der Eigenkapitalbasis zielen. Kurzfristige Liquiditätshilfen sollen die Übernahme und Erfüllung größerer Aufträge unterstützen.

Das von der Investitionsbank eingeleitete Mikrodarlehensprogramm werden wir weiter ausbauen. Schwerpunkt sind Eigenkapital ersetzende Darlehen für KMU. Diese Mittel sollen auch dazu dienen, die durch Basel II erzeugten Benachteiligungen zu mildern.

Daueraufgabe Abbau von Bürokratie: nicht nur reden, sondern auch handeln!

Wir werden die mit den drei Investitionserleichterungsgesetzen der CDU/FDP-Landesregierung getroffenen Veränderungen gründlich auf ihre Wirksamkeit überprüfen. Die von der Koalition unterstellten Wirkungen sind nach unserer Auffassung nicht eingetreten. Aus heutiger Sicht sehen wir hier weiteren Handlungsbedarf.

Die Gründungsdynamik muss verstetigt werden, das Ende der Förderung darf nicht die Gründung beenden. Wir brauchen gebündelte Instrumente zur Ansiedlungs- und Gründerberatung, die gezielt Angebote aus einer Hand unterbreiten.

Die Förderung bei Existenzgründungen darf nicht für Dumpingpreisangebote missbraucht werden, sondern muss zwingend dem Eigenkapitalaufbau dienen.

Hoffnungen auf wirtschaftsfördernde Effekte der neuen Landesbauordnung sind nicht erfüllt worden. Hier ist zu prüfen welche Änderungen tatsächlich notwendig sind, denn Bürokratieabbau allein schafft keinen Nachfrageschub.

Notwendig ist der Aufbau von Strukturen, die dezentralisierte Entscheidungskompetenzen erlauben, Hierarchien verflachen und effizienteres und transparenteres Verwaltungshandeln ermöglichen.

Durch zielgerichtete Maßnahmen zur Entbürokratisierung und Rechtsvereinfachung sollen die Belastungen kleiner und mittlerer Unternehmen im Land reduziert werden. Es geht um systematische Rechtsvereinfachung in ausgewählten Bereichen, Beschleunigung von Verfahren und Optimierung der Verwaltungsstrukturen. Das Rechtsvereinfachungsgesetz der Landesregierung leistet dies nicht. Erforderlich ist die Entlastung der KMU von nicht notwendigen statistischen Erhebungen.

Konzentration der Förderung auf weniger Ziele, Instrumente und Räume!

Angesichts der Haushaltslage und der geringer werdenden Mittel für die Förderperiode 2007 bis 2013 teilen wir ihre Auffassungen zu den angesprochenen Problemen beim künftigen Umgang mit Fördermitteln. Nach unserer Auffassung gehören alle Förderprogramme auf den Prüfstand mit dem Ziel der engeren Bündelung und interdisziplinären Verknüpfung der zur Verfügung stehenden Mittel. Die Vergabe von Fördermitteln muss an Kriterien gebunden werden wie Nachhaltigkeit, Umweltschutz, Anzahl und Qualität der Arbeits- und Ausbildungsplätze und Ausbau von Forschung und Entwicklung.

Die Investitionsbank ist zur zentralen Fördereinrichtung auszubauen. Bei der Fördervergabe müssen die regionalen Erfordernisse eine größere Berücksichtigung finden.

Klein- und mittelständische Unternehmen, die neue Technologien nutzen und neue Märkte erschließen wollen, benötigen Risikokapital. Dazu wollen wir einen entsprechenden Landesbürgerschaftsfonds zur Verfügung stellen. Das von der Investitionsbank eingeleitete Mikrodarlehenprogramm werden wir weiter ausbauen.

Die Wirtschaftsförderung kann und darf sich nicht nur auf die regionalen Zentren konzentrieren. Auch in den ländlichen Räumen muss eine Neuorganisation von Wirtschaft, Beschäftigung und sozialen Lebensfeldern gefördert werden. Beispiele hierfür sind die Entwicklung der Produktion und Vermarktung regionaler Nahrungsgüter, die stoffliche und energetische Verwertung von Biomasse, die Gewinnung regenerativer Energien aber auch die soziale Organisation und Entwicklung des ländlichen Lebens.

Finanzpolitik

Abbau der Verschuldung, kalkulierbare Steuern und Abgaben! Trotz Sparzwang investive Ausgaben erhöhen!

Für die Linkspartei.PDS steht ein verantwortlicher Umgang mit dem Haushalt, der Konsolidierung und Gestaltung beinhaltet, an oberster Stelle. Die zukünftigen Haushaltsstrukturen sollen entsprechend der Prioritätensetzung der Linkspartei.PDS zugunsten

zukunftsorientierter und nachhaltiger Aufgaben, deren Lösungen Synergieeffekte freisetzen können, verändert werden.

Um Haushaltskonsolidierung und Haushaltsgestaltung im Sinne von Strukturentwicklung des Landes wirksam betreiben zu können, kann es erforderlich sein, mittelfristig eine moderate Verschuldung zu verantworten, wenn die dadurch mehr zur Verfügung stehenden Mittel eingesetzt werden für Zukunftsfähigkeit und Wertschöpfung, Nachhaltigkeit und Innovation, Arbeitsplätze und soziale Gerechtigkeit.

Die Linkspartei.PDS fordert ein Umdenken hinsichtlich des traditionellen Verständnisses der Investitionen. Über Sinn und Inhalt von Zukunftsinvestitionen ist neu nachzudenken. Bisher werden Ausgaben für Bildung und Wissenschaft als konsumtive Ausgaben angesehen, allein Ausgaben für materialisierte Anlagevermögen und Infrastruktur gelten als wertschöpfend. In einer wissensbasierten Gesellschaft wie der unseren entscheiden aber bereits heute und zukünftig die Ausgaben im Bereich Bildung maßgeblich über wirtschaftliches Wachstum und die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung eines Landes. Daher sehen wir den Bereich der Bildung und der Entwicklung des Humanpotenzials als den zukünftig wichtigsten und entscheidenden für eine nachhaltige Entwicklung Sachsen-Anhalts und seiner Kommunen an. Der bisherige Begriff einer Investitionsquote ist nicht mehr in der Lage, als Ausdruck einer zukunftsorientierten Haushaltspolitik zu dienen. Wir wollen die Investitionsquote durch eine Bildungsquote ersetzen.

Mehrwertsteuererhöhung abwenden!

Die Linkspartei.PDS spricht sich für die Beibehaltung des gegenwärtigen Mehrwertsteuerersatzes aus, weil aus ihrer Sicht eine Erhöhung kontraproduktiv für wirtschaftliches Wachstum wäre und vor allem Geringverdienende, Arbeitslose und Rentner sowie die KMU belasten würde. Außerdem fordert die Linkspartei.PDS, einen ermäßigten Steuersatz für arbeitsintensive Dienstleistungen insbesondere im Handwerk und beim Tourismus, sowie bei apothekenpflichtigen Arzneimitteln.

Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik

Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung stärker bekämpfen!

Zur Bekämpfung von Schwarzarbeit und Schattenwirtschaft unterstützen wir ein engeres Zusammenwirken des Hauptzollamtes mit den Verbänden, um deren Fachwissen besser einzubeziehen.

Der sparsame Einsatz von Haushaltsmitteln verlangt die Durchsetzung aller Vergabevorschriften durch jeden öffentlichen Auftraggeber und alle Fördermittelempfänger. Aufgrund des relativ ansteigenden Anteils öffentlicher Aufträge an der Gesamtbauleistung trägt besonders die öffentliche Hand eine wachsende Verantwortung. Die Auswahl fachlich geeigneter Bieter mit auskömmlich kalkulierten Preisen ist notwendig, um Bauleistungen hochwertig und termintreu fertig zu stellen.

Wir setzen uns für die Einhaltung der Handwerkerordnung ein, die wirksam gegen Billigangebote und Schwarzarbeit hilft. Einen wirksamen Beitrag in dieser Richtung sehen wir auch in der Einführung von gesetzlichen Mindestlöhnen bei allen Marktteilnehmern.

Steuerfinanzierte Subventionierung von Sozialbeiträgen könnte hierbei u.U. zeitweise als Übergangshilfe dienen.

Mini-Jobs, Ich-AGs und 1-Euro-Jobs sind in punkto Schwarzarbeit und Schattenwirtschaft äußerst fragwürdige Arbeitsmarktinstrumente, denn sie können als legaler Einstieg in die Schattenwirtschaft genutzt werden.

Sozialsysteme neu gestalten, Eigenverantwortung stärken!

Die Linkspartei.PDS setzt auf Neugestaltung der Sozialsysteme unter der Prämisse, dass die Finanzierung dieser Systeme auf breitere Schultern verlagert werden muss. In die Sozialversicherungssysteme sollen alle BürgerInnen, also auch Beamte, Selbständige und PolitikerInnen, einzahlen und die Beitragsbemessungsgrenzen sind anzuheben. Die enge Kopplung der hälftigen Sozialbeiträge der Unternehmen an die Lohnkosten soll längerfristig aufgebrochen werden durch die Erhebung einer Abgabe der Unternehmen auf der Basis der Wertschöpfung. Damit würde die Belastung personalintensiver Unternehmen zu Lasten kapitalintensiver aufkommensneutral verlagert, was den Druck auf die Freisetzung von Arbeitskräften lockern und den arbeitsintensiven kleinen und mittleren Unternehmen günstigere Bedingungen schaffen würde.

Die Linkspartei.PDS ist also nicht der Meinung, dass die Sozialsysteme überfrachtet sind, sondern die Finanzierungsgrundlage muss erweitert werden. Dafür ist einerseits längerfristig eine allgemeine Versicherungspflicht notwendig und andererseits ist das Steuersystem so zu gestalten, dass die Spitzeneinkommen auch entsprechend besteuert werden.

Arbeitsmarktreformen fortsetzen, dabei Konkurrenz zum ersten Arbeitsmarkt vermeiden!

Die Linkspartei.PDS hat die Hartz-Gesetze von Beginn an abgelehnt, dabei spielen vor allem soziale, aber auch wirtschafts- und finanzpolitische Einwände eine Rolle.

Wir halten aber dennoch Veränderungen bei den Hartz-IV-Regelungen für nötig und möglich.

Als kurzfristige Änderungen der Hartz-Gesetze forderten wir u.a. die rückwirkende Vereinheitlichung und die Anhebung des ALG II-Regelsatzes auf mindestens 420 Euro in Ost und West, Entschärfung der Zumutbarkeitsregelungen, Weg mit dem Abbau von Ersparnissen aus einem langen Arbeitsleben, weitere Verbesserung der Zuverdienstmöglichkeiten, keine Anrechnung des Kindergeldes bei Bezieherinnen und Beziehern von Arbeitslosengeld und Sozialhilfe, Erhöhung des anrechnungsfreien Betrages für Lohneinkommen von Partnern/innen auf mindestens 1.000 €, Gewährung des Krankenversicherungsschutzes für alle und verlängerte Bezugsdauer des ALG I.

Um nicht noch mehr Arbeitslosigkeit zu finanzieren ist unsere längerfristige Alternative die Umwandlung der Ein-Euro-Jobs in reguläre Jobs durch den Einsatz der Mittel des ALG II, der Kosten für Unterkunft und der sog. Mehraufwandsentschädigung.

Da im sozialen, kulturellen und ökologischen, kurz im non-profit-Bereich, großer Handlungsbedarf besteht, erneuert die Linkspartei.PDS ihre Forderung nach dem Aufbau eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors (ÖBS) mit regulären, tariflich entlohn-

ten Arbeitsverhältnissen. Die Kosten für den ÖBS liegen niedriger als die dauerhafte Finanzierung der Massenarbeitslosigkeit.

Keine handwerklichen Arbeiten durch 1-€-Kräfte ausführen!

Die Linkspartei.PDS hat von Anfang an auf die Gefahren von Marktverzerrungen bei den öffentlich finanzierten Arbeitsgelegenheiten nach § 16 Abs. 3 SGB II hingewiesen. Der von der Landesregierung in Abstimmung mit einigen Verbänden und den Kammern herausgegebene Orientierungskatalog für mögliche Aufgabenbereiche hat seine Funktion nur teilweise erfüllt. Vor allem haben bisher die Verantwortlichen vor Ort in den kommunalen Einrichtungen und Beiräten ihre Kontrollfunktion nicht ausreichend erfüllt. Wir werden uns deshalb dafür einsetzen, dass die bisherige Verfahrensweise überprüft wird und die Kontrollmechanismen verbessert werden.

Keine Existenzförderung in Krisenbranchen!

Wir stimmen mit ihnen überein, dass die öffentliche Förderung von Existenzgründungen in gesättigten Branchen und Gewerken völlig kontraproduktiv ist. Die von ihnen vorgeschlagenen besseren Abstimmungsverfahren und Negativlisten könnten Möglichkeiten sein, um hierbei Abhilfe zu schaffen.

Kombilohnsysteme finanzierbar halten!

Die Linkspartei.PDS steht der flächendeckenden Einführung von Kombilohnmodellen kritisch gegenüber. Alle bisherigen Versuche in dieser Richtung haben nicht zu den gewünschten Ergebnissen, Erwerbslosigkeit abzubauen, geführt. Wir sehen hierin eine staatliche Subventionierung von Billiglöhnen, die zu einer Ausweitung des Niedriglohnbereiches durch Mitnahmeeffekte führen wird und steigenden Druck auf bestehende Tariflöhne entwickelt.

Es ist abzusehen, dass die Unternehmen die Subventionen kassieren, Arbeitlose einstellen und bisher "zu teure" Beschäftigte entlassen werden. Kombilöhne setzen damit zwangsläufig eine Lohnspirale nach unten in Gang. Dies schwächt die Nachfrage und führt zu Arbeitsplatzverlusten. Ganz abgesehen von den horrenden Kosten dieser neuen Subvention.

Kombilohnmodelle sollten, wenn überhaupt, als Überbrückungshilfen für klein- und mittelständische Unternehmen genutzt werden. Zum Beispiel könnte die Einstellung von unqualifizierten Langzeitarbeitslosen in KMU durch Entlastung von Sozialbeiträgen über einen bestimmten Zeitraum erleichtert werden.

Wir sehen Perspektiven nicht im unteren Entgelt- und Qualifikationsbereich, sondern bei qualifizierten Tätigkeiten, in Entwicklung und Forschung, Bildung und Erziehung, sozialen und kulturellen Bereichen, in unternehmens-, gesellschafts- und personenbezogenen Dienstleistungen.

Statt für staatlich finanzierten Kombilohn setzen wir uns für die Einführung von gesetzlichen Mindestlöhnen bei allen Marktteilnehmern ein. Damit würden auch Schwarzarbeit und illegaler Beschäftigung der Kampf angesagt.

Verkehrs-, Umwelt- und Energiepolitik

Verkehrsinfrastruktur weiter stärken!

Verkehrsvermeidung ist langfristig die einzige Möglichkeit, dem Verkehrskollaps zu entgehen. Verkehrsverlagerung auf die Schiene kann ein Anfang dazu sein. Zur Vermeidung trägt auch die konsequente Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe bei. Produkte, die in einer Region erzeugt werden, sollten so weit wie möglich auch dort weiterverarbeitet und verbraucht werden.

Der Schwerpunkt des Straßenbaus muss verstärkt auf die Instandhaltung des Netzes gelegt werden, was einzelne Ausbaumaßnahmen (z. B. Kreuzungen) nicht ausschließt. Häufig ist gerade die Dimensionierung von Bauvorhaben angesichts sinkender Bevölkerungszahlen unbedingt zu überprüfen.

Eine Steigerung der Aufwendungen zur Straßenunterhaltung halten wir für nicht vertretbar. Nur so kann auch der Druck, das Netz nicht weiter extensiv auszubauen, verstärkt werden.

Wasser- und Abfallpolitik mittelstandsfreundlich gestalten!

Die Abwasserbeseitigung und die Wasserversorgung gehören zum Kernbereich der kommunalen Daseinsvorsorge. Die Beitragsbelastung für die Bürgerinnen und Bürger sowie für die Unternehmen ist jedoch nach wie vor unverändert hoch.

Die Linkspartei.PDS setzt sich deshalb für den Erhalt und für die Qualifizierung des kommunalen Einflusses sowie die Qualifizierung und Ausnutzung der Formen der kommunalen Gemeinschaftsarbeit im Bereich der Trinkwasserver- und der Abwasserentsorgung ein. Dabei befürworten wir ausdrücklich die Herausbildung weiterer dezentraler Lösungen. Eine Senkung der Abwassergebühren ist auch durch die Optimierung der Verbandsstrukturen sowie durch Qualifizierung des technischen und kaufmännischen Managements zu erreichen.

Nach unserer Auffassung ist es notwendig, auch in den nächsten Jahren für diesen Bereich Mittel im Landeshaushalt einzuplanen.

Die Linkspartei.PDS hat sich stets für umweltfreundlichere und ökologisch sinnvollere dezentrale Entsorgungslösungen eingesetzt. So können z.B. mechanisch-biologische Abfallbehandlungsanlagen für den Restabfall eine stoffstromspezifische Entsorgung ermöglichen. Die schont sowohl die Umwelt als auch den Geldbeutel der Haushalte und der kleinen Unternehmen. Es ist aber festzustellen, dass die Müllverbrennungsanlagen zur Zeit den Entsorgungsweg bestimmen. Deshalb ist zumindest darauf zu achten, dass aus diesem Prozess die maximale Energie gewonnen wird (KWK-Prozess).

Wir setzen deshalb weiter auf die Abfallvermeidung, die schon bei recycelfähigen, reparaturfreundlichen Produkten beginnt. Hier liegt ein breites Betätigungsfeld auch die KMU.

Wettbewerb auch im Energiesektor!

Die Energiepolitik der Linkspartei.PDS ist darauf gerichtet, die Energiemonopole zu entflechten und unter demokratische Kontrolle zu stellen. Für äußerst wichtig halten wir die Entwicklung und den Ausbau der dezentralen Energieversorgung, die sich auf die ganze Breite der erneuerbaren Energieformen stützen soll.

Wir setzen uns für die weitere Liberalisierung am Strommarkt ein, mit dem Ziel, dass die Kleinabnehmer, private Haushalte und kleine Unternehmen endlich einen Nutzen davon haben.

Den Stadtwerken kommt mit ihren Möglichkeiten, dezentrale KWK-Kraftwerke und in verschiedenen Formen erneuerbare Energien einzusetzen, eine besondere Bedeutung zu.

Wir unterstützen ihre Forderung, die Vorschriften für Kleinbetriebe zu entflechten, die in erster Linie auf Großunternehmen ausgerichtet sind.

Berufsbildungspolitik

Ausbildungsfähigkeit Jugendlicher verbessern

Die Linkspartei.PDS hat den hohen Anteil von Jugendlichen, die die Schule lediglich mit einem Hauptschulabschluss oder ohne Abschluss verlassen, seit langem kritisiert und ist dafür eingetreten, die Qualität der allgemeinen Schulbildung in Sachsen-Anhalt deutlich zu erhöhen. Eine Verbesserung der Ausbildungsfähigkeit halten auch wir für dringend geboten.

Die Linkspartei.PDS schlägt dazu vor, eine inhaltliche Reform der Ausbildung in der Schule einzuleiten, die Nachhaltigkeit des Lehrens und Lernens zu erhöhen sowie die technische Bildung und die Berufsorientierung zu verbessern.

Wir wollen eine Wende hin zu kompetenzorientierter Bildung, die auch die sicherere Beherrschung der Kulturtechniken, kalkulatorischer Fähigkeiten und die Anwendbarkeit grundlegender mathematischer, naturwissenschaftlicher und technischer Kenntnisse sowie die Beherrschung mindestens einer Fremdsprache und wichtige Sozialkompetenzen einschließt. Die Fähigkeit und Bereitschaft zu weiterer Qualifikation muss stärker ausgeprägt werden.

Hauptaugenmerk richten wir auf die Sekundarschule. Das Niveau ihres Ausbildungsangebots soll in erster Linie erhöht werden.

Neue Überlegungen bei der Gestaltung der Rahmenrichtlinien und der Stundentafeln sind erforderlich. Wir wollen die Abstufung der Bildungsangebote zwischen denen, die zum Hauptschulabschluss führen, und denen, die zum Realschulabschluss führen, aufheben. An ihre Stelle soll ein Bildungsangebot an der Sekundarschule treten, das allen Schülerinnen und Schülern die reale Chance gibt, mindestens den Realschulabschluss zu erreichen. Dazu sollen deutlich mehr Möglichkeiten zur individuellen Förderung an den Schulen geschaffen und eine 10jährige Vollzeitschulpflicht eingeführt werden.

Am Ende der 9. Klasse der Sekundarschule soll außerdem bei entsprechenden Leistungen auch der direkte Übergang in die dreijährige gymnasiale Oberstufe möglich sein.

An allen Schulen soll polytechnische Bildung eingeführt werden. Lernen soll sich stärker mit praktischer Tätigkeit verbinden. Es geht um eine bessere technische, technologische, wirtschaftliche und soziale Bildung, um Lernmotivation und die praktische Anwen-

derung von Wissen sowie um Berufsberatung und Berufsorientierung. Es sind Ausbildungsformen in Wirtschaftsunternehmen und in anderen gesellschaftlichen Bereichen in allen Schulformen vorgesehen. Dabei wollen wir auch die positiven Erfahrungen aus dem Projekt „Produktives Lernen“ aufgreifen.

Technische Bildung und Anwendungsbezug sollen in differenzierter Form alle Unterrichtsfächer mit prägen.

An berufsbildenden Schulen in staatlicher und freier Trägerschaft sollen die Voraussetzungen geschaffen werden, Polytechnische Zentren zu entwickeln, die von allgemein bildenden Schulen genutzt werden können.

Die Linkspartei.PDS hält es darüber hinaus für erforderlich, die erhebliche soziale Abhängigkeit beim Zugang zu studienqualifizierender Ausbildung zurückzudrängen.

Auch im beruflichen Bildungswesen und beim Hochschulzugang aus beruflicher Qualifikation heraus sehen wir Reformbedarf.

Meisterbrief aufwerten! Zugang der Meister zu akademischen Einrichtungen erleichtern!

Die Linkspartei.PDS sieht im Meisterbrief das Qualitätssiegel des Handwerks. Er dokumentiert, dass das Unternehmen fachliche, betriebswirtschaftliche und Ausbildungskompetenz hat. Dies ist zugleich ein Signal an Kunden, Geschäftspartner, Banken und Auszubildende, dass von dem Unternehmen Qualität geliefert wird.

Die Linkspartei.PDS hat die mit der Agenda-2010-Gesetzgebung getroffenen einschränkenden Regelungen in Bezug auf den Meisterbrief stets abgelehnt.

Wir sind davon überzeugt, dass der Meisterbrief als Qualitätssiegel seine Bedeutung und seine Vorteile im Wettbewerb mit weniger qualifizierten Unternehmen beweisen kann. Deshalb sollten die bestehenden Regelungen beibehalten und nicht weiter abgebaut werden. Die vom Handwerk vorgeschlagenen und geforderten Erleichterungen beim Zugang von Meistern zu akademischen Einrichtungen werden von uns unterstützt.